

Drei Bamberger Parteien mit ähnlichem Schicksal

Die Tatsache, dass es ab Juli 1933 außer der NSDAP keine anderen Parteien mehr in Bamberg gegeben hat, darf nicht zu der Annahme verleiten, dass die von der politischen Bildfläche verschwundenen Parteien Seite an Seite gegen die heraufziehende NSDAP-Diktatur gekämpft hätten und deswegen verboten worden wären. Das trifft nämlich nicht zu!

- Die KPD ist am 15. März 1933 wegen des ihr zur Last gelegten Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933 und ihrer ablehnenden Haltung gegen das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933¹ verboten worden.
- Die SPD, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, ist am 22. Juni 1933 „zur staats- und volksfeindlichen Partei, die nicht vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung zurückschrecke“ erklärt und verboten worden.
- Das Zentrum und die BVP sollten - nachdem sie mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ihre Rolle als Steigbügelhalter erfüllt hatten und als nützliche Idioten nicht mehr gebraucht wurden - ebenfalls verboten werden. Diesem Verbot sind sie mit der Selbstauflösung am 5. bzw. 4. Juli 1933 zuvorgekommen.

Auf lokaler Ebene begann die Hatz auf die KPD mit der Verhaftung der Funktionäre Otto Geyer, Adam Kaim, Dr. Reuß und Anton Riel sowie der Gaustadter Repräsentanten Nikolaus Böhnlein und Johann Baptist Herrmann und die Deportation ins KZ Dachau (Auskunft der Gedenkstätte und [ErinnernStattVergessen - Kreisvereinigung Bamberg – VVN](#)).

Bei der SPD fing die Verfolgung mit der Verhaftung der Stadträte Josef Dennstädt und Andreas Bayer an. Dann folgte Lorenz Zahneisens² Antrag vom 22. März 1933 auf Ausschluss der SPD-Stadträte aus dem Stadtrat.³ Abgeschlossen wurde die Kampagne am 30. Juni 1933 mit den Verhaftungen und teilweisen Abschiebungen ins KZ Dachau von Georg Grosch, Anton Schlauch, Josef Dennstädt (erneut), Andreas Bayer (erneut), Adolf Firsching, Alexander Zwiebel, Georg Dotterweich und Georg Göttling sowie Georg Ritter und Michael Rümmer aus Gaustadt (Auskunft der Gedenkstätte und [Die Gaustadter SPD](#)).

Die BVP kam zunächst ungeschoren davon. Aber Ende Juni 1933 ging es auch ihr an den Kragen. Prälat Johann Leicht (*19.12.1868 Bischberg, †14.08.1940 Bamberg; 1913-1933 MdR für Zentrum bzw. BVP), Prälat Georg Meixner (*26.07.1887 Ebensfeld, †28.10.1960 Bamberg; seit 1932 MdL für die BVP) und Kreisgeschäftsführer Georg Banzer sowie sämtliche Mitglieder der BVP-Stadtratsfraktion wurden am 20. Juni 1933 im Bamberger Landgerichtsgefängnis in Schutzhaft genommen (*Bamberger Tagblatt* vom 21.06.1933).

Die Vermerke über das Ende der politischen Parteien lesen sich wenig spektakulär. Im Protokoll des Bamberger Stadtrats vom 5. Juli 1933 heißt es lapidar: *Die Stadtratsmitglieder der BVP haben ihren Rücktritt erklärt und Die Stadtratsmitglieder der SPD sind infolge Verbots der SPD aus[ge]schlossen* (StadtA BA, C I + 707).

Im Endergebnis laufen die Schicksale der einzelnen Parteien auf dasselbe, d. h. die Vernichtung, hinaus. Von der Qualität her sind sie jedoch nicht miteinander zu vergleichen. Dieses Dilemma mag ein Grund dafür sein, dass die Stadt bei der Aufklärung der damaligen Verhältnisse sich schwertut und bisher nicht überanstrengt hat. Bamberg war trotz seiner christlich-abendländisch geprägten Tradition keine dem braunen Spuk abholde Kommune, sondern eine in weiten Teilen der braunen Diktatur verfallene Gemeinde, deren Oberbürgermeister Lorenz Zahneisen⁴ seinem Führer und Reichskanzler in seinem Hass und seiner Böswilligkeit gegen Andersdenkende, zumal gegen die Roten, in Nichts nachstand – ja diesen sogar zu übertreffen versuchte. Das ist die bittere Wahrheit. So und nicht anders wird diese Epoche mit dem damaligen Oberbürgermeister und allen anderen, die zu seinem

Dunstkreis gehörten, in die Annalen eingehen. Dieser Zeitabschnitt gehört, das kann nicht deutlich genug gesagt werden, zu den düstersten Kapiteln der Stadtgeschichte. (Vgl. auch [Reichspogromnacht in Bamberg - Andreas Stenglein.](#))

Das Dokument ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, insbesondere das Herstellen von Fotokopien sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, ist nur mit meiner Einwilligung erlaubt.

© *Andreas Stenglein, Bamberg - Gaustadt, 12. April 2016*

Siehe auch: [Letzter Gaustadter Gemeinderat vor 1933](#)

Siehe auch: [Gedenktafel wird an verfolgte Stadträte erinnern](#)

Siehe auch: [Zahneisens Wahl zum zweiten und ersten Bürgermeister](#)

Drei Bamberger Parteien mit ähnlichem Schicksal

¹ Mit dem Gesetz erhielt die Regierung die Ermächtigung, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen (also unumschränkte staatliche Gewalt).

² Lorenz Zahneisen, *31.8.1897 Bamberg, †20.10.1950 Erlangen, [] Bamberg Gruft 3. Abt. 154, oo 16.12.1933 St. Martin Bamberg mit Maria Magdalena Wehner [*13.2.1913 Pfarrkirchen] (*Familienkarte des Einwohneramts bei Stadtarchiv*). Zahneisen war am 8. Dezember 1929 für die NSDAP in den Stadtrat für die Wahlperiode 1930 - 34 gewählt worden (vgl. a. Wolfgang Zehentmeier, *Die Entwicklung der NSDAP in der Stadt Bamberg 1925 - 1935*, S. 77 ff., unveröffentlichte Magisterarbeit, Würzburg 1990; BB k 30).

³ Vgl. Bilder müssen weg! - Andreas Stenglein.

⁴ Zahneisen wurde am 26.4.1933 zum 2. Bürgermeister und am 3.11.1933 zum 1. Bürgermeister (OB) gewählt; der Beschluss wurde nach Genehmigung durch die Kreisregierung vom 21.11.1933 ab 1.4.1934 wirksam (B.S Nr. 483 bei Stadtarchiv Bamberg).